

PROTOKOLL

über die Sitzung der **Gemeindevertretung** der Stadtgemeinde Bischofshofen am Dienstag, dem 11. Dezember 2001 im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 02.45Uhr

Die Einladung zu dieser Sitzung erfolgte mittels Kurrende am 04. Dezember 2001.

Von den Mandataren waren anwesend:

Bgm. Jakob ROHRMOSER
Vzbgm. Lorenz WERAN-RIEGER
Vzbgm. Rudolf BARKMANN
StR Titus PFUNER
StR Karolina ALTMANN
StR Mag. Rudolf LANZENBERGER
StR Hansjörg OBINGER
StR Barbara SALLER
StR Karl ENENGL
GV Wolfgang KUCHLING
GV Franz ROSKER
GV Rosemarie SCHARLER
GV Ing. Wolfgang BERGMÜLLER
GV Kurt HABE
GV Anna FLEISSNER
GV Johann SCHREMPF
GV Annemarie RATH (18.10 Uhr)
GV Josef SCHNELL
GV Richard MITTERSTIELER
GV Friedrich WINDBICHLER
GV Josef KREUZBERGER
GV Evelyne BAIER-FUCHS
GV Mathilde SCHMIDL
GV Josef GANTSCHNIGG
GV Harald STEYRER

Vorsitzender:

Bgm. Jakob ROHRMOSER

Schriftführer:

AL Mag. Andreas SIMBRUNNER
VB Christine HALBWIRTH

T A G E S O R D N U N G

1. Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Gemeindevertretungssitzung vom 06.11.2001.
2. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des **Sportausschusses**, vom 15.11.2001, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 2.) Aufhebung des Beschlusses für Subvention Pachtvertrag ESV (ATS 40.000,--); Beratung und Beschlussfassung
 - 3.) Subventionsansuchen für Minigolfverein für EC-Teilnahme in Bratislava; Beratung und Beschlussfassung
 - 4.) Subventionsansuchen Wallner Thomas für Transalp Challenge; Beratung und Beschlussfassung
 - 5.) Subventionsansuchen Racing Moskitos; Beratung und Beschlussfassung.
 - 6.) Subventionsansuchen Wild Boys; Beratung und Beschlussfassung
 - 7.) Hallenbenützung SC Mitterberghütten; Beratung und Beschlussfassung
 - 8.) Hallentermin Hermann-Wielandner-HS für Lebenshilfe Bischofshofen; Beratung und Beschlussfassung
3. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des **Wirtschafts- und Ostmarketingausschusses** vom 21.11.2001, mit den Anträgen zu dem Punkt:
 - 4.) Internetauftritt Wirtschaft; Beratung und Beschlussfassung
4. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des **Umwelt- Energie- u. Zivilschutzausschusses**, vom 27.11.2001, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 4.) Projekt „Mensch und Hund in Bischofshofen“, Begleithundeprüfung (Hundeführschein); Beratung und Beschlussfassung
 - 5.) Klimabündnis, Beitritt zum Klimabündnis Österreich; Beratung und Beschlussfassung
 - 7.) Alpenschutzverein für Salzburg, Ansuchen um Anerkennungsbeitrag; Beratung und Beschlussfassung
 - 8.) Naturschutzbund Österreich, Ansuchen um finanzielle Unterstützung für 2002; Beratung und Beschlussfassung
5. Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung des **Bau-Raumordnungs- und Finanzausschusses** vom 29.11.2001.
6. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des **Jugendausschusses** vom 30.11.2001, mit den Anträgen zu den Punkten:
 - 1.) Subventionsansuchen Kinderfreunde – Weihnachtsbuchaktion; Beratung und Beschlussfassung
 - 2.) Subventionsansuchen Landjugend - Zuschuss für Benützung Sportplatz Freizeitgelände; Beratung und Beschlussfassung
7. Internationale Vierschanzentournee Bischofshofen, Verordnung von Halte- u. Parkverboten; Beratung und Beschlussfassung

8. Flächenwidmungsplan Stadtgemeinde Bischofshofen, Teiländerungsverfahren im Bereich „Kreuzbergerfeld“, Gasteiner Straße; Beratung und Beschlussfassung
Flächenwidmungsplanänderung.
9. Flächenwidmungsplan Stadtgemeinde Bischofshofen, Teiländerungsverfahren im Bereich „Firma Höll“, Gasteiner Straße; Beratung und Beschlussfassung
Flächenwidmungsplanänderung.
10. Flächenwidmungsplan Stadtgemeinde Bischofshofen, Teiländerungsverfahren im Bereich „Forstgründe“; Beratung und Beschlussfassung
Flächenwidmungsplanänderung.
11. Teilnahme am Familienpass des Landes Salzburg; Beratung und
Beschlussfassung
12. Gesangsverein „Geselligkeit“, Ansuchen um Benützung des Kultursaales
verbunden mit Erlassung der Benützungsgebühr; Beratung und Beschlussfassung
13. Verein Frau u. Arbeit, Ansuchen um Benützung des Kultursaales verbunden mit
Erlassung der Benützungsgebühr; Beratung und Beschlussfassung
14. SPZ Bischofshofen, Ansuchen um kostenlose Benützung des Kultursaales;
Beratung und Beschlussfassung
15. Ausbau der Wasserversorgung in Bischofshofen, WVA Bischofshofen
Versorgungsgebiet Asten; Beratung und Beschlussfassung
16. Vergnügungssteuerverordnung; Beratung und Beschlussfassung
17. Kurzparkzone Bischofshofen,
 - a) Verordnung zur Einhebung einer Parkgebühr
 - b) Verordnung zur Änderung der Kurzparkzonen
 - c) Preisnachlass für Parkmünzen, WirtschaftsförderungBeratung und Beschlussfassung.
18. Pachtvertrag BSK-Stüberl, Verlängerung des Alten Pachtvertrages; Beratung und
Beschlussfassung
19. Hermann Wielandner Hauptschule, 30-Jahr-Feier
 - a) Geschenk anlässlich 30-Jahr-Feier.
 - b) Beitrag für Beschallung anlässlich 30-Jahr-Feier.Beratung und Beschlussfassung.
20. Schutz des Stadtlogos, Änderung des GV. Beschlusses vom 24.10.2000;
Beratung und Beschlussfassung
21. Weihnachtsgabe 2001 für Gemeindebedienstete; Beratung und Beschlussfassung

22. Steuern, Gebühren und Abgaben ab 01.01.2002; Beratung und Beschlussfassung

23. Voranschlag 2002,

a) Gemeinde

b) Leichenbestattung-Pietät
Beratung und Beschlussfassung

24. Allfälliges

VERLAUF DER SITZUNG

Der Vorsitzende begrüßt die erschienenen Mitglieder der Gemeindevertretung. Er stellt fest, dass die Tagesordnung jedem Mandatar zugestellt und auch an der Amtstafel zeitgerecht kundgemacht wurde. Von den 25 Mandataren sind 24 anwesend, GV Rath kommt später. Da mehr als 2/3 der Mandatäre anwesend sind, ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Der Vorsitzende verliest die Tagesordnung und ersucht um Erweiterung um die Tagesordnungspunkte

Ortschronik, Mehraufwand Bilder; Beratung und Beschlussfassung

Ausbau der Wasserversorgung in Bischofshofen, WVA Bischofshofen
Versorgungsgebiet Asten; Beratung und Beschlussfassung

Vzbgm. BARKMANN sagt, dass der Punkt Ortschronik Mehraufwand im Budget gedeckt sei und daher im Stadtrat behandelt werden kann, ebenso der TO-Punkt 15. Auszahlung für Ortschronist Fritz Hörmann. Auch der Punkt Wasserversorgungsanlage sei im Budget bedeckt.

Finanzdirektor SCHÜTTER stimmt Vzbgm. BARKMANN zu, weist aber darauf hin, dass die Wasserversorgungsanlage nicht unter diesem Punkt gedeckt sei, es müsse „umgeschichtet“ werden.

Bgm. ROHRMOSER schlägt vor, den Tagesordnungspunkt Auszahlung für Ortschronist Fritz Hörmann zu streichen und durch

15. Ausbau der Wasserversorgung in Bischofshofen, WVA Bischofshofen Versorgungsgebiet Asten; Beratung und Beschlussfassung, zu ersetzen.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen

Bgm. ROHRMOSER eröffnet nun die Fragestunde für die Gemeindebürger zum öffentlichen Teil der Tagesordnung.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen geht der Bürgermeister zur Tagesordnung über.

Vzbgm. BARKMANN beantragt auf die Verlesung der Protokolle zu verzichten, nur die Beschlusspunkte zu behandeln, bzw. zu diskutieren und darüber abzustimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

1. Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Gemeindevertretungssitzung vom 25.09.2001

StR. ENENGL weist darauf hin, dass seine Wortmeldung zum Punkt 11. Benützungsvereinbarung Mehrzweckhalle im Protokoll nicht erwähnt sei. Sie lautete sinngemäß, dass er sich 10 Jahre zurück dies angeschaut habe. Irgendwann seien ATS 50,- eingehoben worden. Daraufhin hätten wieder alle Vereine um Subvention darüber angesucht, daher habe man es wieder gelassen. Es gibt nur 2 oder 3 Vereine, die für die Wielandner-Halle zahlen, und das wären solche ohne Meisterschaftsbetrieb. Die Vereinbarung könnte auf 2 oder 3 Jahre gemacht werden und könnte jederzeit geändert werden. In Zell am See oder Strasswalchen zahlt kein Verein etwas, wenn wir jetzt anfangen haben wir dann die halben Hallen leer.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, ob man zu den Bankgebühren über die Chipcard-Abbuchung bei Parkautomaten schon etwas Genaueres wisse. Der Vorsitzende verneint.

Vzbgm. BARKMANN will weiters wissen, mit wie vielen Vereinen seit der letzten Gemeindevertretungssitzung bis jetzt Benützungsvereinbarungen abgeschlossen worden wären. Dies sei von GV Steyrer angekündigt worden.

Vzbgm. BARKMANN fragt, ob sich bezüglich der Werbetafeln bei den „Citybushäuschen“ schon etwas getan hätte.

Stadtamtsdirektor Mag. SIMBRUNNER antwortet, dass als Lieferzeit ein Jahr vereinbart wurde und man den Ablauf dieses Jahres abwarten müsse.

Der Vorsitzende ersucht um Abstimmung über das Protokoll.

Beschluss: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt*

- 2. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des Sportausschusses, vom 15.11.2001, mit den Anträgen zu den Punkten:**
- 2.) Aufhebung des Beschlusses für Subvention Pachtvertrag ESV (ATS 40.000);**
Beratung und Beschlussfassung
 - 3.) Subventionsansuchen für Minigolfverein für EC-Teilnahme in Bratislava;**
Beratung und Beschlussfassung
 - 4.) Subventionsansuchen Wallner Thomas für Transalp Challenge;** Beratung und Beschlussfassung
 - 5.) Subventionsansuchen Racing Moskitos;** Beratung und Beschlussfassung.
 - 6.) Subventionsansuchen Wild Boys;** Beratung und Beschlussfassung
 - 7.) Hallenbenützung SC Mitterberghütten;** Beratung und Beschlussfassung
 - 8.) Hallentermin Hermann-Wielandner-HS für Lebenshilfe Bischofshofen;**
Beratung und Beschlussfassung

**ad 2.) Aufhebung des Beschlusses für Subvention Pachtvertrag ESV (ATS 40.000,--);
Beratung und Beschlussfassung**

StR. ENENGL berichtet gemäß dem Protokoll, dass der Pachtvertrag nicht zustande gekommen ist und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Der Beschluss der Gemeindevertretungssitzung vom 27. März 2001, eine einmalige Subvention von ATS 40.000,- an den Eisenbahner Sportverein auszubezahlen soll aufgehoben werden. Grund dafür ist, dass von Seiten des Eisenbahner Sportvereins der Pachtvertrag ab 1.1.2002 abgeschlossen wird.

Durch die Freigabe der Mittel kann die Subvention für Sebastian Rettenegger in der Höhe von ATS 15.000,- (laut Beschluss in der Gemeindevertretungssitzung am 25.9.2001) aus der Kostenstelle 1/269/757 finanziert werden. Eine Finanzierung aus den Verstärkungsmitteln ist somit nicht notwendig.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

**ad 3.) Subventionsansuchen für Minigolfverein für EC-Teilnahme in Bratislava;
Beratung und Beschlussfassung**

StR. ENENGL berichtet, dass das Turnier bereits vom 04. bis 06. 10. 2001 stattgefunden habe und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der Raiffeisen Minigolfclub Bischofshofen für die Teilnahme am Europacup in Bratislava eine Subvention in der Höhe von ATS 30.000,- erhält. Die Finanzierung erfolgt über die Kostenstelle 1/269/757.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 4.) Subventionsansuchen Wallner Thomas für Transalp Challenge; Beratung und Beschlussfassung

StR ENENGL berichtet gemäß dem Protokoll und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass Thomas Wallner und Markus Stock für die Teilnahme am Mountainbikerennen Transalp Challenge mit einem Betrag von ATS 5.000,- unterstützt werden. Die Finanzierung erfolgt über die Kostenstelle 1/269/757.

GV GANTSCHNIGG möchte wissen, ob der Betrag für beide gemeinsam ist.

StR ENENGL bejaht dies.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 5.) Subventionsansuchen Racing Moskitos; Beratung und Beschlussfassung

StR. ENENGL verweist auf das vorliegende Protokoll und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der Motorradclub „Racing Moskitos“ für die Absolvierung eines Fahrsicherheitstrainings in Saalfelden mit einem Betrag von ATS 3.000,- unterstützt wird. Die Finanzierung erfolgt über die Kostenstelle 1/269/757.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 6.) Subventionsansuchen Wild Boys; Beratung und Beschlussfassung

StR ENENGL verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der Verein FC Wild Boys `90 mit einem Betrag von ATS 3.000,- unterstützt wird. Die Finanzierung erfolgt über die Kostenstelle 1/269/757.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 7.) Hallenbenützung SC Mitterberghütten; Beratung und Beschlussfassung

StR. ENENGL sagt, dass der SC Mitterberghütten diesen Termin zusätzlich für das Training der Jugendmannschaft benötigt. Er verliest folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die Sektion Volleyball des SC Mitterberghütten den zusätzlichen Trainingstermin Mittwoch von 18.00 bis 19.30 Uhr in der großen Halle der VS Markt nützen kann.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

**ad 8.) Hallentermin Hermann-Wielandner-HS für Lebenshilfe Bischofshofen;
Beratung und Beschlussfassung**

StR ENENGL verliest folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass die Lebenshilfe den Turnsaal in der Hermann-Wielandner-Hauptschule jeweils Montag von 16.30 bis 18 Uhr für das Tanz- und Turnprogramm der Bewohnerinnen und Bewohner nutzen kann.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Der Bürgermeister lässt über das Protokoll abstimmen.

GV GANTSCHNIGG möchte wissen, was es mit den Förderungsrichtlinien auf sich hat.

StR ENENGL antwortet, dass diese als Information gedacht seien.

Beschluss: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt*

**3. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des Wirtschafts- und Ostmarketingausschusses vom 21.11.2001 mit Anträgen zu dem Punkt:
4) Internetauftritt Wirtschaft; Beratung und Beschlussfassung**

Der Vorsitzende gibt das Wort an StR LANZENBERGER.

ad 4) Internetauftritt Wirtschaft; Beratung und Beschlussfassung

StR LANZENBERGER berichtet gemäß dem Protokoll, dass die Bischofshofner Wirtschaftsbetriebe bis dato im Internet nur teilweise vertreten sind. Unter der Internetadresse www.bischofshofen.net sind nur Betriebe der Aktionsgemeinschaft aufgelistet. Er ersucht daher die Gemeindevertretung dem folgenden **Antrag** zuzustimmen:

Die Bischofshofner Wirtschaftsbetriebe sollen auf der Homepage der Stadtgemeinde über einen Link mit www.bischofshofen.net präsentiert werden.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Bgm. ROHRMOSER lässt über das Protokoll abstimmen.

GV GANTSCHNIGG richtet die Frage an StR. LANZENBERGER ob es Gespräche bezüglich der im Ausschuss abgesetzten Punkte 5., Standortbestimmung Leitbild Bischofshofen, und 6. Ortsmarketing – Struktur für Umsetzung und Weiterarbeit, gegeben hätte.

StR. LANZENBERGER antwortet, dass trotz der Präsentation aller in Österreich vorliegenden erfolgreichen Modelle es zu keinem Konsens gekommen sei. Der einzig gangbare Weg wäre ein Management. Darüber gibt es aber noch keine entscheidenden Gespräche. Die Lösung sei sehr teuer, außer einem Gehalt für den City-Manager müsste es auch ein Budget geben.

Beschluss: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt*

4. Verlesung des Protokolls des Umwelt-, Energie- und Zivilschutzausschusses vom 21.11.2001 mit Anträgen zu den Punkten:

- 4) Projekt „Mensch und Hund in Bischofshofen“, Begleithundeprüfung (Hundeführschein);** Beratung und Beschlussfassung
- 5) Klimabündnis, Beitritt zum Klimabündnis Österreich;**
Beratung und Beschlussfassung
- 7) Alpenschutzverein für Salzburg, Ansuchen um Anerkennungsbeitrag;**
Beratung und Beschlussfassung
- 8) Naturschutzbund Österreich, Ansuchen um finanzielle Unterstützung für 2002;** Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER gibt das Wort an StR. ALTMANN.

Diese berichtet, dass es Probleme mit den Automaten für Hundesäckchen gäbe. Besonders der im Freizeitgelände werde „geplündert“. Man wird diesen daher an anderer Stelle, etwas entfernt vom Kinderspielplatz aufstellen. Außerdem möchte Sie an die HundehalterInnen nochmals Säckchen versenden.

ad 4.) Projekt „Hund und Mensch in Bischofshofen“ Begleithundeprüfung (Hundeführschein); Beratung und Beschlussfassung

StR ALTMANN berichtet aus dem Protokoll und lässt über den folgenden **Antrag** abstimmen.

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen HundehalterInnen, deren Hunde ab dem Jahre 2001 eine anerkannte Prüfung, die die Unterordnung beinhaltet, erfolgreich ablegen, die Hundesteuer ab dem Jahr 2002 für drei Jahre zu erlassen.

StR. LANZENBERGER möchte es konkretisieren und um den Zusatz ... die Hundesteuer *für die geprüften Hunde* ab dem Jahr 2002 ... ergänzen.

GV GANTSCHNIGG weist darauf hin, dass auch bereits abgelegte Prüfungen anerkannt werden sollten.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 5.) Klimabündnis, Beitritt zum Klimabündnis Österreich; Beratung und Beschlussfassung

StR Altmann verliest folgenden **Antrag:**

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dem Klimabündnis beizutreten. Die Kosten betragen:

ATS 1,-- pro Einwohner/Jahr = Mitgliedsbeitrag für Stelle in Salzburg

ATS 1,-- pro Einwohner/Jahr = Bündnispartner in Amazonien - für Projekte (freiwillig)

ATS 2100,-- /Jahr = int. Koordinationsstelle in Frankfurt

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 7) Alpenschutzverein für Salzburg, Ansuchen um Anerkennungsbeitrag; Beratung und Beschlussfassung

StR. ALTMANN verliest den folgenden **Antrag:**

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dem Alpenschutzverein für Salzburg für das Jahr 2001 einen Anerkennungsbeitrag für die „Aktion saubere Alpen - 2001“ in der Höhe von ATS 1.000,-- = € 72,67 zu gewähren.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 8) Naturschutzbund Österreich, Ansuchen um finanzielle Unterstützung für 2002; Beratung und Beschlussfassung

StR. ALTMANN verliest den folgenden **Antrag:**

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dem Naturschutzbund Österreich im Jahr 2002 eine Förderung in der Höhe von ATS 1.000,-- = € 72.67 zu gewähren.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Der Vorsitzende lässt über das Protokoll abstimmen.

StR LANZENBERGER ersucht StR ALTMANN in Zukunft das Protokoll zeitgerecht vor der Gemeindevertretungssitzung zur Verfügung zu stellen.

Beschluss: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt*

5. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des Bau- Raumordnungs- und Finanzausschusses vom 29.11.2001

Bgm. ROHRMOSER sagt, dass es hier keine Beschlüsse gegeben hätte und nur das Protokoll zu beschließen sei.

Vzbgm. BARKMANN sagt, dass es ein sehr minimalistisches Protokoll sei. Der Kern der Wortmeldungen solle wenigstens wiedergegeben werden.

Außerdem möchte er wissen, ob die Gemeindevertretung zur 30-Jahr-Feier der Hermann-Wielandner-HS eingeladen wurde. Er habe jedenfalls keine Einladung bekommen und finde es äußert schwach von Seiten der Direktion, es nicht der Mühe Wert zu finden die Gemeindevertretung einzuladen, obwohl im Budget eine Unterstützung und ein Geschenk beschlossen werden würde. Bgm. ROHRMOSER antwortet, dass eine Einladung an den Stadtrat ergangen sei. Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, ob mit dem Bürgermeister besprochen worden sei, wer eingeladen werde. Er werde dieses Vorgehen bei der nächsten Sitzung des Landesschulrates zur Sprache bringen. Bgm. ROHRMOSER antwortet, dass es Sache der Schule sei, wen Sie einlade.

GV FLEISSNER sagt, dass von der SPÖ niemand eingeladen worden wäre, deshalb stehe auch in der Zeitung, dass nur Mitglieder der ÖVP kämen. Vzbgm. BARKMANN möchte weiters wissen, warum für die Beschallungs- und Beleuchtungsanlage kein ordentliches zweites Angebot vorgelegt worden wäre, wie es von allen anderen verlangt würde. Nur ein telefonisches, und das aus St. Georgen im Attergau. Bgm. ROHRMOSER sagt, dass es ein zweites Angebot gäbe, die Vergabe des Auftrages sei Sache der Schule.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen lässt der Vorsitzende über das Protokoll abstimmen.

Beschluss: *Das Protokoll wird einstimmig genehmigt*

GV SCHNELL verlässt den Sitzungssaal.

6. Verlesung und Genehmigung des Protokolls des Jugendausschusses vom 30.1.2001 mit Anträgen zu den Punkten:

- 1) **Subventionsansuchen Kinderfreunde - Weihnachtsbuchaktion;**
Beratung und Beschlussfassung
- 2) **Subventionsansuchen Landjugend - Zuschuss für Benützung Sportplatz Freizeitgelände;** Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER gibt das Wort an Stadtrat OBINGER.

ad 1) Subventionsansuchen Kinderfreunde - Weihnachtsbuchaktion; Beratung und Beschlussfassung

StR OBINGER berichtet gemäß dem Protokoll und verliest folgenden **Antrag.**

Die Gemeindevertretung möge beschließen, den Kinderfreunden als Zuschuss für die Weihnachtsbuchaktion einen Betrag von ATS 8.450,-- zu gewähren.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

ad 2) Subventionsansuchen Landjugend - Zuschuss für Benützung Sportplatz - Freizeitalanlage; Beratung und Beschlussfassung

StR OBINGER berichtet gemäß dem Protokoll und verliest folgenden **Antrag**.

Die Gemeindevertretung möge beschließen, der Landjugend einen Zuschuss in Höhe von ATS 3.180,00 für die Benützung des Sportplatzes in der Freizeitalanlage zu genehmigen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

Der Vorsitzende lässt über das Protokoll abstimmen.

Beschluss: *Protokoll wird einstimmig genehmigt (GV Schnell ist nicht anwesend)*

7. Internationale Vierschanzentournee Bischofshofen, Verordnung von Halte- und Parkverboten; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge nachstehende Verordnung beschließen:

Aufgrund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 11.12.2001 wird gemäß der §§ 43 Abs. 1 lit.b.Zif.1 in Verbindung mit § 94d der Straßenverkehrsordnung 1960 nachstehende Verordnung erlassen

VERORDNUNG

I.

Aus Anlass der Abhaltung der 50. Siemens-Mobile Vierschanzentournee am 05.01. und 06.01.2002 (Ersatztermin 7.2.2001) in Bischofshofen, werden für die nachstehend angeführten Bereiche bzw. Straßen für die angeführten Zeiträume ein Halte- u. Parkverbot verordnet.

- beidseitiges Halte- u. Parkverbot Gaisberggasse (ab Kreuzungsbereich Raiffeisenstraße bis Friedhof) von 2.1.2002, 7.00 Uhr, bis 9.1.2002, 18.00 Uhr
- Hauptschulstraße (ab Kreuzungsbereich Sparkassenstraße bis Alte Bundesstraße), Halte- u. Parkverbot, ausgenommen Pressefahrzeuge mit Berechtigungsschein, von 5.1.2002, 7.00 Uhr, bis 6.1.2002, 18.00 Uhr, ab Hauptschule entlang BUWOG-Häuser bis Kreuzung Sparkassenstraße Halte- u. Parkverbot, von 5.1.2002, 7.00 Uhr, bis 6.1.2002, 18.00 Uhr.

- Gainfeldweg bis Schanzenanlauf Halte- u. Parkverbot von 5.1.2001, 7.00 Uhr, bis 6.1.2002, 18.00 Uhr
- Oberer Marktplatz Halte- u. Parkverbot, 5.1.2002, 13.00 Uhr bis 6.1.2002, 23.00 Uhr
- Billa-Parkplatz, Maria Emhart Platz, Halte- u. Parkverbot, ausgenommen Presse- und Servicefahrzeuge mit Berechtigungsschein von 5.1.2002, 7.00 Uhr bis 6.1.2002, 18.00 Uhr
- Rosenthal, Gaisberggasse, beidseitiges Halte- u. Parkverbot, 5.1.2002, 7.00 Uhr bis 6.1.2002 18.00 Uhr
- Friedhofparkplatz Halte- und Parkverbot (gesamter Platz) am 6.1.2002, 9.00 Uhr bis 17.00 Uhr, ausgenommen VIP-Gäste mit Berechtigungsschein
- Halte- u. Parkverbot Sparkassenstraße, ausgenommen Mannschafts- und Servicefahrzeuge mit Berechtigungsschein, 4.1.2002, 18.00 Uhr, bis 7.1.2002, 7.00 Uhr
- Bereich Dicker Baum, Halte- u. Parkverbot, ausgenommen Busse, 6.1.2002, 9.00 Uhr, bis 18.00 Uhr
- Halte- u. Parkverbot im Bereich des Objektes Gaisberggasse 19, ausgenommen Aufstellung eines Kranwagens und von ORF-Fahrzeugen von 2.1.2002, 7.00 Uhr, bis 7.1.2002, 16.00 Uhr
- Raiffeisenstraße, Halte- und Parkverbot für 1 Parkplatz hinter Gasthof Schützenhof (Parkplatz neben Trog), von 2.1.2001, 7.00 Uhr, bis 9.1.2001, 18.00 Uhr

II.

Diese Verordnung ist gem. § 44 StVO 1960 durch Straßenverkehrszeichen nach § 52 lit 13b StVO 1960 kundzumachen. Sie tritt mit Anbringung der genannten Verkehrszeichen in Kraft.

GV HABE verweist darauf, dass der Bürgermeister gemäß Gemeinderatsbeschlusses ermächtigt worden wäre, Halte- und Parkverbote für Veranstaltungen alleine zu veranlassen.

Mag. SIMBRUNNER antwortet, dass dies richtig sei, es sich aber dabei um Veranstaltungen handeln müsse, die an diesen Plätzen veranstaltet würden. Hier handle es sich um Halte- und Parkverbote in Straßen und an Plätzen an denen die Veranstaltung an sich nicht stattfindet und daher ist ein Beschluss der Gemeindevertretung notwendig.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)

8. Flächenwidmungsplan Stadtgemeinde Bischofshofen, Teiländerungsverfahren im Bereich „Kreuzbergerfeld“, Gasteiner Straße; Beratung und Beschlussfassung; Flächenwidmungsplanänderung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge die Flächenwidmungsplanänderung für den Bereich der Grundparzellen 41, 44/1 und .631, je GB 55501 Bischofshofen, im Ausmaß von ca. 11830 m², von derzeit Grünland/ländliches Gebiet **in Bauland/Kerngebiet** bzw. Bauland/Kerngebiet mit Aufschließungserfordernis Lärm beschließen.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, warum es im Amtsbericht heiße, mangels Bedarf wurde diese Fläche im Zuge der Arbeiten am Flächenwidmungsplan jedoch nicht als Bauland ausgewiesen.

Ing. LIENBACHER antwortet, dass dies missverständlich formuliert sei. Die damalige Eigentümerin war nicht „unterschriftsfähig“ und daher konnte dieser Bereich damals nicht als Bauland ausgewiesen werden.

Vzbgm. BARKMANN möchte weites wissen, wie viele m² nach Errichtung des Fachmarktes übrig bleiben.

Ing. LIENBACHER antwortet, dass 500 m² Verkaufsfläche errichtet würde und diese einen Flächenbedarf von rund 7000 m², also zwei Drittel der Grundfläche habe. Es blieben also rund 4000 m².

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)

<p>9. Flächenwidmungsplan Stadtgemeinde Bischofshofen, Teiländerungsverfahren im Bereich „Firma Höll“, Gasteiner Straße; Beratung und Beschlussfassung; Flächenwidmungsplanänderung</p>

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden Amtsbericht und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge die Flächenwidmungsplanänderung für den Bereich der Grundparzellen 44/14, 44/3, .533, .534/1, .534/2 und .541, je GB 55501 Bischofshofen, im Ausmaß von ca. 3800 m², von derzeit Bauland/Kerngebiet (lärmbelastet) in Bauland/Gebiet für Handelsgroßbetriebe (Fachmarkt und Bau-, Möbel- oder Gartenmarkt) mit der Kennzeichnung „lärmbelastet“ beschließen.

Laut Standortverordnung vom 15. Juni 2001 ist die Verwendung der Grundstücke 44/14, 44/3, .533, .534/1, .534/2 und .541, je GB 55501 Bischofshofen, für Handelsgroßbetriebe wie folgt zulässig:

- für Handelsgroßbetriebe der Kategorie Fachmärkte bis zu einer Gesamtverkaufsfläche von 500 m²
- für Handelsgroßbetriebe der Kategorie Bau-, Möbel- oder Gartenmärkte bis zu einer Gesamtverkaufsfläche von 850 m²

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)

10. Flächenwidmungsplan Stadtgemeinde Bischofshofen, Teiländerungsverfahren im Bereich „Forstgründe“; Beratung und Beschlussfassung; Flächenwidmungsplanänderung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden Amtsbericht und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge die Flächenwidmungsplanänderung für den Bereich des Grundstückes Nr. 253/4, GB 55501 Bischofshofen, von derzeit Bauland / Erweiterte Wohngebiete (1120m²) bzw. Bauland / Erweiterte Wohngebiete mit der Kennzeichnung „lärmbelastet“ (1290m²) bzw. Grünland / Sonstige (3290m²) **in Bauland / Kerngebiete** gem. § 17 Abs. 3 ROG i.d.g.F. beschließen.

StR. LANZENBERGER möchte wissen, ob es hier schon konkrete Bauwünsche gäbe.

Ing. LIENBACHER verneint. Es gäbe kein konkretes Projekt, die Forstverwaltung habe Verhandlungen mit verschiedenen Bauträgern.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

11. Teilnahme am Familienpass des Landes Salzburg; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden Amtsbericht und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen, dass die Stadtgemeinde Bischofshofen sich weiterhin am Familienpass des Landes Salzburg beteiligt. Für das Erlebnisschwimmbad werden zehn Prozent Preisnachlass auf die jeweilige Tages- bzw. Halbtageskarte gewährt. Die Vereinbarung wird bis 31. Dezember 2003 abgeschlossen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

12. Gesangsverein „Geselligkeit“, Ansuchen um Benützung des Kultursaaes verbunden mit Erlassung der Benützungsgebühr; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden Amtsbericht

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen, dass dem Arbeitergesangsverein "Geselligkeit" der Kultursaal zur Abhaltung eines Adventsingens am 16.12.2001 kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

13. Verein Frau und Arbeit, Ansuchen um Benützung des Kultursaales verbunden mit Erlassung der Benützungsgebühr; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen, dass dem Verein Frau & Arbeit der Kultursaal zur Abhaltung einer Informationsveranstaltung am 7.12.2001 kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

14. SPZ Bischofshofen, Ansuchen um kostenlose Benützung des Kultursaales; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht**, und auf das Ansuchen in dem alle Mitglieder der Gemeindevertretung bereits jetzt zu der Veranstaltung am 15.05.2002 um 19 Uhr eingeladen werden.

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen, dass dem SPZ Bischofshofen der Kultursaal vom 13. bis 15.05.2002 kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

15. Ausbau der Wasserversorgung in Bischofshofen, WVA Bischofshofen Versorgungsgebiet Asten; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beraten und die Vergabe der Arbeiten, Ausbau der Wasserversorgung Bischofshofen, WVA Bischofshofen Versorgungsgebiet Asten der Firma Alpine Mayreder GesmbH, Loferer Bundesstraße 19 b, 5760 Saalfelden, zum Preis von ATS 130.333,64, zu vergeben.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)

16. Vergnügungssteuerverordnung; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und den Entwurf der Vergnügungssteuerverordnung.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, warum unter § 2 (2) Schulveranstaltungen unter einer Vergnügungssteuer von 10% des Kartenpreises angeführt sind, weiter hinten unter § 3 (2) jedoch davon befreit sind.

Finanzdirektor SCHÜTTER sagt dazu, dass private Vereine 10% Vergnügungssteuer zahlen, gemeinnützige Vereine und Schulen davon befreit sind, man könnte den Absatz 1. weglassen.

Vzbgm. BARKMANN fragt, wie die unter § 6 (1) vorgeschriebene Form der Abgabenerklärung aussieht, ob es dazu eine Vorlage des Amtes gäbe.

Diese Frage wird bejaht.

Mag. SIMBRUNNER erklärt, er habe sich bei der Erstellung der Verordnung an eine Musterverordnung des Salzburger Gemeindeverbandes gehalten.

Vzbgm. BARKMANN sagt, ihn interessiere hier nur das Gesetz und keine Musterverordnung.

GV GANTSCHNIGG weist darauf hin, dass bei § 6 (4) es richtig heißen müsste, „die Abgabensumme ist auf volle Centbeträge“ aufzurunden.

Bgm. ROHRMOSER stellt den Antrag, den Punkt bis nach einer Sitzunterbrechung zurückzustellen, in der Mag. SIMBRUNNER Zeit hat, die Verordnung wunschgemäß zu berichtigen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)

17. Kurzparkzone Bischofshofen,

- a) Verordnung zur Einhebung einer Parkgebühr**
 - b) Verordnung zur Änderung der Kurzparkzonen**
 - c) Preisnachlass für Parkmünzen, Wirtschaftsförderung**
- Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und den **Amtsantrag**.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, wo in der Dr.-August-Heinrich-Straße noch Parkplätze zur Verfügung stehen.

Ing. LIENBACHER antwortet, dass dies vor dem alten Spar gewesen wäre, über die die Gemeinde aber nicht mehr verfüge. Die Parkplätze entlang des Gainfeldbaches bestünden derzeit noch, würden aber nach Fertigstellung der Umfahrung ebenfalls wegfallen.

Vzbgm. BARKMANN weist darauf hin, dass der Rathausparkplatz zweimal angeführt ist. Richtigerweise bei der gebührenfreien Parkdauer von 1/2 Stunde und zusätzlich bei der Parkdauer von 3 Stunden und hier gehört eine Korrektur vorgenommen. Die Dr.-August-Heinrich-Straße gehöre gestrichen, dafür sei die Salzburger Straße nicht angeführt. Außerdem stehe hier noch die Molkereistraße 1 – 6, da könne man nicht mehr parken. Er möchte noch wissen, ob es sich bei der Pestalozzigasse um die neu geschaffenen Parkplätze auf den Pfarrgründen handle.

Ing. LIENBACHER antwortet, die Pestalozzigasse sei der ganze Straßenzug bis zur Ecke Molkereigasse und hier stünden noch Bus-Parkplätze entlang der Mauer zur Verfügung.

Vzbgm. BARKMANN sagt, in der Verordnung seien auch noch die Zinngießergasse und die Turngasse als ehemalige Kurzparkzone angeführt und das könne bei beiden nicht möglich sein.

GV GANTSCHNIGG weist darauf hin, dass am Beginn der Turngasse der Privatparkplatz Dr. Mosshammer sei.

StR ALTMANN möchte wissen, warum hier der Weimann-Parkplatz und die weiterführende Salzburger Straße nicht angeführt seien.

GV HABE antwortet, dass es sich hier um eine gesonderte Verordnung handle, die nicht von dieser Neuregelung betroffen sei. Hier stünden nur die Gebührenzonen zur Debatte.

Der Bürgermeister lässt über den Punkt

a) Verordnung zur Einhebung einer Parkgebühr gemäß der vorliegenden Verordnung, abstimmen

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

Vzbgm. BARKMANN fasst Punkt

b) Verordnung zur Änderung der Kurzparkzonen zusammen.

unter Punkt 1) a)

- werden Dr.-August-Heinrich-Straße (keine Parkplätze mehr) und
- Parkplatz Rathaus gestrichen (ist unter 1) c) angeführt)
- Salzburger Straße 12 – 26 dazugenommen.

unter Punkt 1) b)

- wird Molkereistraße 1 – 6 gestrichen (keine Parkplätze mehr) ansonsten gemäß vorliegender Verordnung.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist nicht anwesend)*

ad c) Preisnachlass für Parkmünzen, Wirtschaftsförderung

Bgm. ROHRMOSER erläutert, dass die Parkmünzen bis jetzt um 20% billiger ohne Beschluss an die Wirtschaftstreibenden abgegeben wurden. Jetzt würden 3000 neue nachgedruckt, daher gehöre darüber abgestimmt.

Vzbgm. BARKMANN findet die Parkmünzen sowieso nicht für gut. Für ihn wären Parkscheine mit einem längeren zweiten Abriss sinnvoller. Diese könnten in den Geschäften abgegeben und mit der Gemeinde rückverrechnet werden. Auch eine Einreichung beim Finanzamt müsste so möglich sein. Die Münzen kosten pro Stück ATS 12,- und haben ab 01.01.2001 einen Gegenwert von € 0,50. Ein Abriss-System könnte also billiger sein.

StR PFUNER gibt zu bedenken, dass die bestehenden Abrisse zu klein dafür wären.

StR LANZENBERGER verweist auf das Beispiel St. Johann, auch hier hätten sich die Parkmünzen als sinnvoller erwiesen. 10.000 Stück dieser Münzen seien in Bischofshofen aufgelegt worden mit 3000 Stück im Nachdruck müsste man das Auslangen finden. Außerdem sei der Auftrag schon vergeben.

Vzbgm. BARKMANN antwortet, selbst wenn sich das System des Abrisses in St. Johann nicht bewährt habe, kann man daraus nicht auf Bischofshofen schließen. Bei uns habe sich auch das Parkmünzensystem nicht bewährt und in St. Johann offensichtlich schon. Der Abriss wäre günstiger und ein besserer Weg zur Parkgebühren-Rückvergütung. Allerdings müssten die Abrisse größer gestaltet werden. Dies könnte aber nur eine Sache der Einstellung bei den Automaten sein.

GV GANTSCHNIGG fände die Abrissmethode ebenfalls besser. Derzeit sei es ein irrer Aufwand die Münzen auszusortieren. In Gastein funktioniere die Abrissmethode bestens. Man gibt den Abriss im jeweiligen Geschäft ab und erhalte die Parkgebühr ersetzt.

Bgm. ROHRMOSER gibt zu bedenken, dass die Parkmünzen bereits im Umlauf seien und öfter benutzbar.

StR LANZENBERGER verweist abermals darauf, dass die Münzen bereits in Auftrag sind und es nicht günstig sei, dem jetzt nicht zuzustimmen.

Vzbgm. BARKMANN sagt, dass die Parkmünzen eben leider nicht in Umlauf seien. Er habe den Vorschlag einer Abrissmethode bereits im Verkehrsausschuss unterbreitet und sei dabei von GV GANTSCHNIGG unterstützt worden.

Es wäre ein einmaliger Aufwand längere Streifen zu drucken.
Er stellt den Antrag, der Nachlass solle nicht 20% sondern einheitlich 10 Cent sein.

GV HABE gibt zu bedenken, dass bei einer Abrissmethode ein Nachlass von 10 Cent pro Parkstreifen ungerecht wäre wenn man die Parkgebühr für mehr als eine 1/2 Stunde rückerstatte.

StR LANZENBERGER weist darauf hin, dass der Abriss in 2-facher Ausfertigung benötigt würde. einmal zur Verrechnung mit der Gemeinde und einmal zur Geltendmachung beim Finanzamt. Dies müsste im Vorfeld abgeklärt werden, denn er glaube nicht, dass man beim Finanzamt mit einer Kopie das Auslangen finde. Außerdem gäbe es hier noch das Problem, wenn die Kunde 3 Stunden geparkt habe und mit einem minimalen Einkauf die Parkgebühren rückerstattet wolle.

GV STEYRER sieht kein Problem mit den Belegen. Vom Finanzamt würde sicher eine Bestätigung der Gemeinde ausreichen und die Originale wären bei der Gemeinde abzugeben.

Vzbgm. BARKMANN sagt, dass man sich das ganze sicher einmal anschauen müsste und stellt den Antrag:

dass den Wirtschaftstreibenden pro Parkmünze oder Parkscheinabschnitt 20% gewährt würden.

Gleichzeitig möchte er den Grundsatzbeschluss fassen, sich dem Thema Abriss-Methode zu nähern. Der Verkehrsausschuss soll sich mit der Umsetzung auseinandersetzen.

Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV Schnell ist wieder anwesend)*

Sitzungsunterbrechung 19.45 bis 20.00 Uhr

Bgm. ROHRMOSER eröffnet wieder die Sitzung und fährt mit TO-Punkt

16. Vergnügungssteuerverordnung; Beratung und Beschlussfassung fort.

Mag. SIMBRUNNER erläutert, dass die Gemeindevertretung den Beschluss fassen könne, entweder unter § 2 (2)/1. den zweiten Absatz ganz zu streichen, oder aber einen niedrigeren Prozentsatz etwa 5% festzulegen.

StR LANZENBERGER sagt, dass es die Tendenz war, eine Befreiung zu erreichen.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen aus welchem Passus des Gesetzes dies herausgelesen wird.

Mag. SIMBRUNNER antwortet, dies sei dem Gesetz nicht zu entnehmen.

Bgm. ROHRMOSER macht den Vorschlag den Passus in den § 3 zu geben und die Gebührenbefreiung so festzulegen.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, warum es eine komplette Befreiung geben sollte. Die Schulveranstaltungen sind sowieso gesondert geregelt. Hier würde nur Heimatpflege und Brauchtum verankert. Warum sollte ein Kulturverein Steuern zahlen und die „Säbeltänzer“ nicht. Unter diesem Gesichtspunkt sei er für die Beibehaltung des ursprünglichen Vorschlages. Auch ein Kulturverein vermittele Kultur, sie könne halt modern sein und für ein anders Klientel.

GV KUCHLING verweist darauf, dass die heimischen Vereine bis jetzt 5% Nachlass bekamen.

Bgm. ROHRMOSER richtet die Frage an Finanzdirektor SCHÜTTER ob es stimmt, dass bis jetzt 5 - 6 Veranstaltungen jährlich waren, die gezahlt hätten. Gemeinnützige Vereine zahlten nichts. Bei Dia-Schauen waren maximal 50 Zuschauer, das fällt nicht ins Gewicht, außer z.B. der ORF veranstalte eine große Show.

Finanzdirektor SCHÜTTER bejaht dies.

GV GANTSCHNIGG ist dafür, den ganzen Absatz ersatzlos zu streichen.

GV KUCHLING sagt er verstehe eigentlich nicht, warum ein neuer Vertrag gemacht werden müsse.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, dies müsse sein weil die alte Verordnung auf Schillingbeträge lautet und jetzt müssten es Euro sein.

Der Vorsitzende lässt über die neue Verordnung, in der der § 2 Absatz 2 gestrichen wird und in § 6 (4) „Schillingbeträge“ durch „Centbeträge“ ersetzt wird, abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

18. Pachtvertrag BSK-Stüberl, Verlängerung des alten Pachtvertrages; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und den Pachtvertrag und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beraten und dem vorliegenden Pachtvertrag abzuschließen zwischen dem Sportclub Bischofshofen und der Stadtgemeinde Bischofshofen ihre Zustimmung erteilen.

Vzbgm BARKMANN möchte wissen ob der Obmann des BSK Herr Georg Feige befugt ist, den Vertrag zwischen Gemeinde und BSK alleine zu unterschreiben, dies gilt es abzuklären.

Außerdem möchte er wissen, wie das bei Punkt I. 4. Absatz mit „Veränderungen in wesentlicher Form“ gemeint ist. Auch ist Paragraph II. nicht logisch. Ist Wertbeständigkeit eine Indexwertsicherung?

Mag. SIMBRUNNER bestätigt, dass der Ausdruck in „wesentlicher Form“ wirklich sehr weitläufig ist und

Vzbgm. BARKMANN schlägt daher vor, ihn zu streichen. Anfragen um Änderungen könnten ja jederzeit gestellt werden.

GV GANTSCHNIGG möchte wissen, ob der BSK 90% der Pachtsumme als Subvention bekommt und nur 10% der Gemeinde abführen muss.

Finanzdirektor SCHÜTTER bestätigt dies.

GV HABE gibt zu bedenken, dass der BSK verpflichtet werden sollte auch in den Vertrag mit seinem Unterpächter eine Indexwertsicherungsklausel aufzunehmen, sonst stimmen die 10% nicht mehr.

Bgm. ROHRMOSER und Vzbgm. BARKMANN stimmen überein, dass die Indexwertklausel in den Vertrag aufgenommen wird.

Mag. SIMBRUNNER sagt, er werde den Pachtvertrag entsprechend formulieren, dass die Indexklausel auch in den Vertrag zwischen Pächter und Subpächter aufgenommen wird und abklären, ob Obmann Feige allein unterschreiben kann.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

19. Hermann-Wielandner-Hauptschule, 30-Jahr-Feier

a) Geschenk anlässlich 30-Jahr-Feier

b) Beitrag für Beschallung anlässlich 30-Jahr-Feier

Beratung und Beschlussfassung

ad a) Geschenk anlässlich 30-Jahr-Feier

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge nach Beratungen beschließen, der Hermann-Wielandner-Hauptschule (30 Jahr-Feier) als Geschenk der Stadtgemeinde Bischofshofen einen Laptop zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang ist demnach ein Betrag von etwa € 2.300,00 im Voranschlag 2002 aufzunehmen.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen ob der Laptop für die Schüler oder die Lehrer sei.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, er sei laut Ansuchen für die Schüler.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad b) Beitrag für Beschallung anlässlich 30-Jahr-Feier

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden Amtsbericht und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge nach Beratungen beschließen, die Hermann-Wielandner-Hauptschule mit einem finanziellen Beitrag von 50 % der Kosten für die Aufstellung einer Licht- und Tonanlage – maximiert jedoch mit ATS 18.000,00 – unter Vorlage einer entsprechenden Rechnung zu unterstützen.

Bedeckung: 2/2122/817 Mehreinnahmen Gastschulbeiträge Hermann-Wielandner-Hauptschule.

Vzbgm. BARKMANN verweist auf seine Wortmeldung zu Beginn der Sitzung und sagt, er fühle sich leicht düpiert, dass es angeblich im weiten Umkreis erst in St. Georgen im Attergau eine Firma gäbe, die ein zweites Angebot stellen könne.

GV STEYRER sagt, er wolle etwas Licht in die Sache bringen. Laut Auskunft der Firma Lechner sei die Firma in St. Georgen der nächste Betrieb, der im Umkreis das erforderliche Equipment und auch das Personal zur Verfügung habe, dieselbe Qualität an Lichteffekten und Beschallung zu erbringen.

Vzbgm. BARKMANN fragt nach, ob das wirklich laut Auskunft der Firma Lechner wäre und ersucht dies im Protokoll festzuhalten.

GV STEYRER wiederholt dezidiert „nach Auskunft der Firma Lechner“. Schließlich und endlich müssen die Leute in der Lage sein, dieselbe Qualität zu bringen.

GV KUCHLING findet das zwar für ein Deckangebot, aber man könne dem finanziellen Beitrag doch zustimmen.

StR SALLER berichtet dazu, dass sie von der Altenmarkter Hauptschule, die gerade ein Jubiläum gefeiert hätte, gehört habe, ihnen seien für eine vergleichbare Leistung Firmenangebote um die ATS 70.000,-- vorgelegen.

Vzbgm. BARKMANN betont, ihn störe nicht der Preis, sondern die Form der Abwicklung.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen ersucht der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

c) Schutz des Stadtlogos, Änderung des GV-Beschlusses vom 24.10.2000

Bgm. ROHRMOSER erläutert gemäß dem Amtsbericht, dass die Gebühren für eine Anmeldung einer Gemeinschaftsmarke beim Harmonisierungssamt für den Binnenmarkt netto ATS 28.552,62 beträgt. Die Kosten für die Markenmeldung in den Nicht-EU-Nachbarstaaten von Österreich belaufen sich auf ca. netto ATS 15.500,--. Die Kosten für eine rechtsanwaltliche Vertretung belaufen sich auf ca. netto ATS 15.000,--. Er verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beraten und beschließen, dass der markenrechtliche Schutz des Stadtlogos in den EU-Mitgliedsstaaten und in den unmittelbaren Nicht-EU-Nachbarstaaten von Österreich erfolgen soll.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

d) Weihnachtsgabe 2001 für Gemeindebedienstete; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER verweist auf den vorliegenden **Amtsbericht** und verliest den folgenden

Amtsantrag:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, den Gemeindebeamten des Dienst- und Ruhestandes sowie jedem Vertragsbediensteten eine Weihnachtsgabe entsprechend **der Variante B** (wie auch die Jahre zuvor) laut Amtsbericht zuzuerkennen. Als Stichtag für die Auszahlung der Weihnachtsgabe ist der 1. Dezember 2001 heranzuziehen. Die Gesamtkosten für die diesjährige Weihnachtsgabe belaufen sich entsprechend dem derzeitigen Dienstnehmerstand, für den die Weihnachtsgabe in Frage kommt, auf rund ATS 190.000,-- (inkl. Dienstgeberbeiträge). Die dafür nötigen Haushaltsmittel sind im Jahresvoranschlag 2001 vorgesehen.

StR SALLER, StR PFUNER und GV KREUZBERGER verlassen als „befangen“ den Sitzungssaal.

GV GANTSCHNIGG möchte wissen, seit wann diese Weihnachtsgabe ausbezahlt wird.

Finanzdirektor SCHÜTTER antwortet seit über 20 Jahren. Sie sei aber vom Land vorgegeben.

Es entsteht eine kurze Diskussion über „Befangenheit“ und ob man den Sitzungssaal verlassen muss, oder ob es genüge im Zuschauerraum Platz zu nehmen.

Mag. SIMBRUNNER erläutert, dass es im Gesetz heißt, „Befangene haben den Sitzungssaal zu verlassen“.

Der Vorsitzende lässt über den Amtsvorschlag abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Die zu TO-Punkt 21 befangenen Mitglieder der Gemeindevertretung betreten wieder den Sitzungssaal.

e) Steuern, Gebühren und Abgaben ab 01.01.2001; Beratung und Beschlussfassung

Bgm. ROHRMOSER macht den Vorschlag die Punkte Wasser, Kanal und Citybus extra abzustimmen und die restlichen Punkte gesamt.

StR LANZENBERGER und GV KUCHLING stimmen dem zu.

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag zuerst jeden Punkt einzeln durchzugehen, um die unterschiedlichen Ansätze und Lösungsvorschläge festzustellen. Dann könne über die Punkte abgestimmt werden.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 3) Entgelte für Turnsaalbenützung

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, ob das jetzt die Betriebskosten für alle beinhaltet.

Bgm ROHRMOSER antwortet, dass von den Kosten für einheimische Vereine 2/3 die Gemeinde und 1/3 der Verein aufbringe.

ad 4) Kindergartenbeiträge

StR ALTMANN möchte auf Grund der Intervention mancher Eltern „bei sonstiger Abwesenheit“ bereits ab dem 10. Tag den Kindergartenbeitrag auf 50% herabgesetzt haben. Das Essen bereits ab dem 1. Tag. Es sei nicht einzusehen, dass Eltern die mit ihren Kindern auf Urlaub fahren Kindergartenbeiträge zahlen müssen.

GV KUCHLING gibt zu bedenken, dass die Kindergärten pro Jahr über 5 Mio. Abgang haben und er sei deshalb gegen eine Zerstückelung.

StR ALTMANN sagt, durch die Einführung des Sommerkindergartens sei es Eltern möglich auch unterhalb des Jahres auf Urlaub zu fahren. Eine so starre Regelung bei den Gebühren läuft zuwider längeren und flexibleren Öffnungszeiten.

Bgm. ROHRMOSER will wissen ob der Wunsch der SPÖ, bei sonstiger Abwesenheit ab dem 10. Tag 50% des jeweiligen Tarifes zu bezahlen, richtig sei.

Vzbgm. BARKMANN betont dies sei nicht Wunsch der SPÖ sondern der Eltern.

StR LANZENBERGER findet den Wunsch keine Essensbeiträge zu bezahlen für in Ordnung, es werde ja auch nichts konsumiert. Für die Kindergartenbeiträge an sich gibt er zu bedenken, dass es sich hier um stehende Kosten handelt, das heißt, das Personal muss bezahlt werden.

GV GANTSCHNIGG sagt, dass man für nicht erbrachte Leistung auch nichts bezahlen sollte, das Essen finde er okay. Eine Regelung, bei „sonstiger Abwesenheit“ ab dem 10. Tag 50% der jeweiligen Beiträge zu zahlen, wäre auch noch erträglich. Man sollte aber den riesigen Abgang der Kindergärten nicht vergessen.

Vzbgm. BARKMANN formuliert den Antrag, dass bei Abwesenheit wegen Krankheit oder Urlaub ab dem 10. Tag nur mehr 50% des jeweiligen Kindergartentarifes zu bezahlen wäre. Der Essenstarif solle ab dem 1. Tag der Abwesenheit entfallen.

Finanzdirektor SCHÜTTER gibt zu bedenken, dass beim Ganztagestarif das Mittagessen ein verpflichtender Bestandteil der Kosten wäre und daher mitgerechnet werden müsste.

StR ALTMANN weist darauf hin, dass das Mittagessen aber auch beim Ganztagestarif gesondert angeführt wäre.

Herr WILDMANN von der Finanzdirektion erklärt, es sei gesondert angeführt aber verpflichtend als Bestandteil des Ganztagestarifes.

StR OBINGER sagt, dass man das wohl herausrechnen könne.

Vzbgm. BARKMANN sagt seine Fraktion sei für € 21,30 beim Tarif für den Sommerkindergarten, sonst falle die Steigerung zu hoch aus.

ad 5) Sporthalle-Benützungsentgelte

StR ENENGL und Vzbgm. BARKMANN möchten das Benützungsentgelt bei stundenweiser Benützung auf € 30,-- herabsetzen.

ad 6) Freizeitzentrum-Benützungsgebühr

StR ENENGL möchte hier die Benützungsgebühr für Montag bis Sonntag auf € 15,65/h festlegen. Der Tagestarif für Samstag, Sonntag oder Feiertage sollte € 200,-- betragen.

GV HABE möchte wissen ob dies Tarife für Einheimische wären.

StR ENENGL sagt Turniere würden nur für Einheimische genehmigt.

ad 15) Wasserzins

Vzbgm. BARKMANN spricht sich gegen eine massive Erhöhung des Wasserzinses aus. Er ist dafür, ihn auf höchstens € 0,66 anzuheben. Für das Citybusprojekt gibt es seiner Meinung nach genügend andere Finanzierungsmöglichkeiten.

GV KUCHLING betont, dass der Wasserzins angehoben werden müsste. Bischofshofen liege weit unter dem Schnitt gegenüber anderen Gemeinden.

StR LANZENBERGER sagt, dass man mit der vorgesehenen Erhöhung auf € 0,72 25% unter dem Landesdurchschnitt liege.

GV SCHNELL sagt, das Wasser sei ein Grundnahrungsmittel, damit müsse man nur kostendeckend arbeiten und keinen Gewinn machen.

StR OBINGER weist darauf hin, dass der Wasserzins vor zwei Jahren massiv erhöht wurde.

ad 26) Kanalbenützungsgebühren

Vzbgm. BARMANN erklärt, dass diesen Beschluss seine Fraktion mittragen werde um in die Nähe des Mindestsatzes zu kommen. Die Wasserdiskussion wird sich in den nächsten Jahrzehnten noch sicher sehr verschärfen.

ad 27) Citybus

Vzbgm. BARKMANN ist für eine Erhöhung des Einzelfahrscheines auf € 0,50. Er sieht es als Motivation mehr Monatskarten und Zehnerblöcke zu kaufen.

Vzbgm. WERAN-RIEGER sagt, dass dadurch der Busfahrer auch die Intervalle besser einhalten könne, weil er nicht so viel wechseln müsste.

Bgm. ROHRMOSER betont, dass dies auch im Sinne der ÖBB wäre.

Vzbgm. BARKMANN ersucht um eine Sitzungsunterbrechung zur Fraktionsberatung.

Sitzungsunterbrechung 21.15 bis 22.10 Uhr

Bgm. ROHRMOSER eröffnet die Sitzung wieder zu TO-Punkt

20. Steuern, Gebühren und Abgaben ab 01.01.2001; Beratung und Beschlussfassung

Die Beschlüsse werden gemäß dem vorliegenden **Amtsvorschlag** gefasst; Änderungen sind angeführt.

ad 1) Gastschulbeiträge

lt. Schulorganisations-Ausführungsgesetz LGBL Nr. 69/63 i.d.g.F.

***Beschluss:** Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 2) EDV-Raum Benützung

EDV-Raum Benützung pro Raum und Unterrichtseinheit (maximal 1 Stunde) € 22,--

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 3) Entgelte für Turnsaalbenützung

Bgm. ROHRMOSER verweist darauf, dass hier die Regelung 2/3 zahlt die Gemeinde und 1/3 der Verein gelten würde.

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag kein Entgelt einzuheben.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 4) Kindergartenbeiträge

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag
den Kindergartentarif für den Sommerkindergarten mit € 21,30 festzusetzen.
bei sonstiger Abwesenheit ab dem 10. Tag 50% des jeweiligen Tarifes
und das Essensgeld ab dem 1. Tag

GV KUCHLING ist dagegen die Kindergartentarife aufzuweichen und weist auf den enormen Abgang der Kindergärten hin.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 23/2 (Prostimmen SPÖ, ÖVP, UBB; Gegenstimmen FPÖ)

ad 5) Sporthalle - Benützungsentgelte

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag
die stundenweise Benützung mit € 30,-- festzulegen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 6) Freizeitzentrum-Benützungsg Gebühr (Fußballplatz)

Vzbgm. BARKMANN macht den Vorschlag:
Benützungsentgelt Montag bis Sonntag pro Stunde € 15,65
Tagestarif am Wochenende € 200,--

StR LANZENBERGER weist darauf hin, dass ihm der Tagestarif sehr hoch erscheint und macht folgenden Änderungsvorschlag

Tagestarif am Wochenende € 120,--
Zweitagestarif am Wochenende € 200,--

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Antrag
Benützungsentgelt Montag bis Sonntag pro Stunde € 15,65
Tagestarif am Wochenende € 120,--
Zweitagestarif am Wochenende € 200,-- abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 7) Gemeindebücherei – Leihgebühren

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 8) Kultursaal

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 9) Seniorenheimgebühren

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 10) Mehrzweckheim

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 11) Anliegerbeiträge Straßenherstellung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 12) Gebührentarif Bauhof

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 13) Kraftfahrzeuge Gebühren

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 14) Wasseranschlussbeiträge

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 15) Wasserzins

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag:

bei Wasserzins über Wasserzähler pro m³ € 0,66

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

Der Vorsitzende lässt über den **Amtsvorschlag** abstimmen.

bei Wasserzins über Wasserzähler pro m³ € 0,72

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

ad 16) Chemo-WC

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 17) Geschirrmobil

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 18) Müllbeseitigungsgebühr

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 19) Anliegerbeiträge für Straßenbeleuchtung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 20) Gemeindefriedhofgebühren

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 21) Marktstandgelder

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 22) Freibadgebühren

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 23) Parkraumbewirtschaftung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 24) Anerkennungszinse: gem. FAG i.d.g.F.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 25) Kanalanschlussgebühren

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 26) Kanalbenützungsggebühren

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 27) City-Bus

Vzbgm. BARKMANN formuliert den Antrag
für den Einzelfahrschein € 0,50 zu verlangen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 28) Grundsteuer A: land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500% des Messbetrages

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 29) Grundsteuer B: von Grundstücken 500% des Messbetrages

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 30) Kommunalsteuer

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 31) Ortstaxe

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 33) Vergnügungssteuer

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 34) Hundesteuer

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad Wasserrettung Eislaufplatz Eintrittsgebühren

Bgm. ROHRMOSER verliest die neuen Eintrittsgebühren für den Eislaufplatz.

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, wann die letzte Erhöhung war.

Finanzdirektor Schütter antwortet, dass dies vor einigen Jahren war.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

21. Voranschlag 2002

a) Gemeinde

b) Leichenbestattung Pietät

Beratung und Beschlussfassung

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen von wem die Abänderungsvorschläge stammten, da es zwei offensichtlich unterschiedliche gäbe.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, dass beide von ihm wären, der erste wäre vor und der zweite nach der Besprechung im Finanzausschuss gemacht worden.

Vzbgm. BARKMANN sagt, es gäbe darin wesentliche Änderungen, wie zB. Eislaufplatz, BSK und Salonorchester und Kulturprojekte.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, dass es beim Eislaufplatz durch das Vlies eine Einsparung gäbe; beim Salonorchester sei ein Ansuchen neu hereingekommen; für Kulturprojekte sei bis jetzt nichts vorgesehen gewesen.

StR SALLER sagt, um wenigstens einige Kulturprojekte durchführen zu können, sei ein minimales Budget von € 2.200,-- vorgesehen worden.

Vzbgm. BARKMANN weist darauf hin, dass ihr insgesamt ein Budget von ATS Mio. 1,578 zur Verfügung stünde.

Bgm. ROHRMOSER sagt, es würde für das Pfarrzentrum keine Subvention geben, nur für den Pfarrkindergarten.

Vzbgm. BARKMANN antwortet, er sehe nicht ein, den Betriebsabgang im Pfarrkindergarten zu subventionieren und den eigenen Kindergarten nicht voll zu haben.

StR. ALTMANN sagt, sie hätte einige Aktivitäten rund um das Klimabündnis geplant. Außer der Veranstaltung und dem Beitrag zum Klimabündnis möchte sie auch wieder Aktionen rund ums Rad, eine Sommerradaktion, eine Prämierung naturnaher Gärten machen und die Aktion „Mensch und Hund“ fortführen. Sie kann aber nicht sagen, ob sich auf Grund der Kürzung ihres Budgets das alles ausgeht.

Bgm. ROHRMOSER sagt, der Laptop anlässlich der 30-Jahr-Feier der Hermann-Wielandner-Hauptschule sei neu, ebenso die EDV-Ausstattung der allgemeinen Sonderschule.

Vzbgm. BARKMANN präsentiert den SPÖ-Vorschlag laut beiliegender Aufstellung und erläutert dazu folgendes:

- Die Raumaufteilung müsse die VHS selber aus ihren Kurseinnahmen finanzieren, sie mache auch AMS-Kurse und kassiere nicht schlecht.
- Beim Museumsverein habe er kein Ansuchen gesehen, bei der Ausschusssitzung sei nichts erwähnt worden. Hier müsse man sich die Gesamtsituation ansehen.
- Die Wirtschaftsförderung könne zurückgenommen werden. Ein Stadtmanager sei noch verfrüht. Bei Inbetriebnahme des Karolinenhofes müsse sicher ein Manager dort seine Arbeit aufnehmen, der auch ein Citymanagement mitmachen könne.
- Für die Instandhaltung der gemeindeeigenen Wohnhäuser müsse einiges vorgesehen werden. Hier gäbe es Beschwerden in Bezug auf Feuchtigkeit.

- Für die Erreichbarkeit des Stadtamtes auch für Behinderte müsse vorgesorgt werden.
- Für den Citybus sei eine Linienenerweiterung vorgesehen.

Bgm. ROHRMOSER antwortet dazu:

- Die Raumaufteilung der VHS sei notwendig um mehr Kurse anbieten zu können.
- Die Subventionierung des Pfarrkindergartens käme billiger als diese Kinder in Gemeindecindergärten zu betreuen.
- Falls man sich nicht dazu entschließt, einen Citymanager einzusetzen, könnten wir aufs Abstellgleis kommen.

Vzbgm. BARKMANN sagt, ein Citymanager sei nicht das allein seligmachende. Um € 21.800,-- kann man keinen Citymanager bezahlen. In Wahrheit geht es hier um die Schaffung einer Stabsstelle. Der Tourismusverband soll umgestaltet werden und es wird zu einem Köpferrollen und einer unerwünschten Machtkonzentration kommen.

Bgm. ROHRMOSER weist darauf hin, dass ein Citymanager die Erfindung seines SPÖ-Vorgängers Bürgermeister Haselsteiner war.

StR LANZENBERGER sagt, man könne dies im SPÖ-Programm nachlesen. Nach 2-jährigem Blockieren jammert man jetzt, es kämen nie konstruktive Vorschläge. Man kann alles kaputt machen und wenn man eine führende Handelstadt werden will braucht man ein funktionierendes Citymanagement. Es ist schade für den Ort, die fast greifbare Aufbruchstimmung anlässlich der Stadterhebung kaputtzumachen. Außerdem sollte die Schaffung eines Parkleitsystems vom Marketingausschuss erarbeitet werden.

GV KUCHLING sagt, er sei gegen gegenseitige Schuldzuweisungen. Die Wirtschaft wäre immer bedacht worden. Dass jetzt jung und alt nicht miteinander könnten, sei nicht Sache der Gemeinde. Er finde das Budget für ausgewogen. Für die Ortskernumfahrung würde viel Geld gebraucht, ebenso sei unbedingt die Erweiterung des Citybusnetzes vorzusehen. Auch die Schulen brauchten Geld.

StR PFUNER sagt, dass ein neuer Klauenstand für die Bauernschaft unbedingt erforderlich sei. Der alte wäre schon über 30 Jahre alt und entspreche nicht mehr den Anforderungen. Der Betrag wäre nicht so gravierend hoch und man hätte wieder jahrelang Ruhe.

Vzbgm. BARKMANN fragt, ob es nicht möglich sei, diese € 2.200,-- für den Klauenstand aus dem Budget für Landwirtschaft zu decken. Hier seien ATS Mio. 1,3 vorgesehen und was die Eigenleistung der Bauern bei der Anschaffung sei.

StR PFUNER sagt, die Eigenleistung errechne sich aus dem Anschaffungsbetrag vermindert um die Subvention; es wären ungefähr 100 Bauern, dividiert durch den Viehbestand. Genau könne er es nicht sagen.

StR SALLER gibt zu bedenken, dass Vereine oft ein Vielfaches der von der Bauernschaft erbetenen Förderung erhalten. Das Klauenschneiden wäre mit dem alten Stand sehr gefährlich.

Das Landwirtschaftsbudget betreffe hauptsächlich die Güterwege, die der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stünden und von dieser auch benützt würde.

Zum Kulturbudget möchte sie sagen, dass vorher nichts vorgesehen war und es wieder Kulturtage geben werde. Ebenso habe die allgemeine Sonderschule laut GV BAIER-FUCHS eine Veranstaltung, die man so unterstützen könne; außerdem plane man eine 2-Jahres-Feier zur Stadterhebung.

GV GANTSCHNIGG sagt, er finde den SPÖ-Vorschlag als Straffaktion für die VHS und das Museum.

Er findet es richtig, dass die Schulen unterstützt werden. Er möchte wissen ob überhaupt ein Ansuchen der Wasserrettung vorliege.

Weiters gibt er zu bedenken, dass man die Volkshochschule unterstützen müsse, sonst sei es wie beim BFI, das nach St. Johann abgewandert wäre, und es verschwinde wieder eine Bildungseinrichtung.

Vzbgm. BARKMANN sagt, dass ohne fraktionelle Beratung nicht abgestimmt werden könne. Er möchte die einzelnen Punkte jetzt durchgehen, danach darüber beraten und dann abstimmen.

ad 2111 Volksschule Markt

Vzbgm. BARKMANN möchte € 2.200,-- für 2 PC-Klassen und € 1.000,-- für die Bücherei berücksichtigen.

GV ENENGL möchte wissen, warum die PCs für die Schüler € 2.200,-- kosten und für die Direktion € 16.500,--.

Finanzdirektor Schütter antwortet, dass es sich hier um einen Irrtum handle, es seien ATS 16.500,--.

ad 2112 Volksschule Neue Heimat

Vzbgm. BARKMANN schlägt für die Schülerbücherei € 3.000,-- vor. Zur 40-Jahr-Feier wäre dann alles komplett, einschließlich Bücherei und Werkraum.

GV HABE möchte wissen, warum zwischen der Bücherei der VS Markt und der der VS Neue Heimat ein so großer Unterschied wäre.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, in der VS Markt gäbe es bereits eine Bücherei und in der VS Neue Heimat wäre sie neu.

ad 2121 Franz-Mohshammer-Hauptschule

Vzbgm. BARKMANN schlägt vor, für geringwertige Wirtschaftsgüter € 8.100,-- und für die Bücherei € 2.000,-- vorzusehen.

StR. LANZENBERGER sagt, dass die Schule ca. ATS 400.000,-- zur Errichtung eines EDV-Raumes benötige. Die Leasingvariante wäre zwar geringfügig teurer jedoch vorzuziehen, weil damit gewährleistet sei, bei derart kurzlebigen Produkten immer am neuesten Stand zu sein.

Bgm. ROHRMOSER betont, dass die Franz-Mohshammer-HS bis jetzt den EDV-Raum mit der Hermann-Wielandner-HS teilen musste.

Vzbgm. BARKMANN hat eine Verständnisfrage, warum eine EDV-Ausstattung so günstig werden könne.

Bgm. ROHRMOSER antwortet, dies sei auf Grund der Leasingvariante.

ad 269 Sonstige Sporteinrichtungen

Hallenmieten - Verrechnungen

GV ENENGL glaubt, dass die Einnahme durch die Hallenmieten durch die Vereinbarung mit dem Judoclub zu gering berechnet sei.

Finanzdirektor Schütter antwortet, die Einnahmen würden mit ATS 27.000,-- bis 30.000,-- geschätzt.

Gleichzeitig möchte er auf einen Ziffernsturz bei Minigolfclub hinweisen.

ad 523 Lärmbekämpfung

StR ENENGL möchte wissen, wo diese Lärmschutzbauten der ÖBB vorgesehen wären.

Ing. LIENBACHER antwortet, dass es sich hier um ein 10-jähriges Baukonzept handle, dass die ÖBB laufend verwirkliche, aber derzeit im Rückstand wäre.

ad 846/614 Instandhaltung Wohngebäude

Vzbgm. BARKMANN möchte zur Instandhaltung € 4.950,-- vorsehen.

ad 875/620 Citybus

Vzbgm BARKMANN möchte eine Erhöhung auf € 40.000,-- und beantragt eine Sitzungsunterbrechung zur Fraktionsbesprechung.

Sitzungsunterbrechung 23.45 bis 01.05 Uhr

Bgm. ROHRMOSER eröffnet die Sitzung wieder zu TO-Punkt

22. Voranschlag 2002

a) Gemeinde

b) Leichenbestattung Pietät

Beratung und Beschlussfassung

Die Beschlüsse werden gemäß dem vorliegendem Amtsvorschlag gefasst; Änderungen sind angeführt.

ad 016 Elektronische Datenverarbeitung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 029 Rathaus

Behindertenaufzug

GV KUCHLING findet einen Behindertenaufzug nicht notwendig. Es genüge ein Hinweisschild, dass der Eingang hinten für Rollstuhlfahrer benutzbar sei. Ein Behinderter komme wahrscheinlich nicht allein und außerdem war es noch immer möglich, dass die Bediensteten ins Parterre kommen damit nicht ein Behinderter in den 1. Stock müsse.

Vzbgm. BARKMANN weist auf die Notwendigkeit eines Behindertenaufzuges im Rathaus hin um die Selbstbestimmung eines behinderten Menschen zu gewährleisten. Die Frequenz sei sicher deshalb niedrig, weil es bis jetzt für Behinderte im Rathaus nicht möglich sei Behördenwege zu erledigen.

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Antrag der SPÖ - im Rathaus einen „Behindertenaufzug“ zu installieren abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Amtsvorschlag derzeit keinen „Behindertenaufzug“ zu errichten, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

ad 063 Städtekontakte

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 099 Mitterberghaus

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 163 Freiwillige Feuerwehr

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 2111 Volksschule Markt

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 2112 Volksschule Neue Heimat

Der Vorsitzende lässt über den SPÖ-Vorschlag für die PC-Bücherei € 3.000,-- vorzusehen, abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ;; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)*

Der Vorsitzende lässt über den ÖVP-Vorschlag für die PC-Bücherei € 1000,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)*

Bgm. ROHRMOSER lässt über die restlichen Punkte des Voranschlages abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 2121 Franz-Mohshammer-Hauptschule

Der Vorsitzende lässt über den SPÖ-Vorschlag für die Bücherei € 2.000,-- vorzusehen, abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ;; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)*

Der Vorsitzende lässt über den ÖVP-Vorschlag für die Bücherei € 1.000,-- vorzusehen abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)*

Der Vorsitzende lässt über den Vorschlag für die EDV-Ausstattung € 28.000,-- vorzusehen abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Der Vorsitzende lässt über den SPÖ-Vorschlag für geringwertige Wirtschaftsgüter € 8.100,-- vorzusehen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 24/1 (Prostimmen SPÖ, ÖVP, 1 FPÖ – GV Rath, UBB; Gegenstimme 1 FPÖ – GV Kuchling)

Bgm. ROHRMOSER lässt über die restlichen Punkte des Amtsvorschlages abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 2122 Hermann-Wielandner-Hauptschule

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 213 Sonderschule

Bgm. ROHRMOSER lässt über den SPÖ-Vorschlag für EDV-Ausstattung und Computertische € 8.400,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

StR LANZENBERGER führt an, dass zu prüfen wäre, ob dieses Projekt ebenso wie in der Franz-Mohshammer-Hauptschule mit einer Leasingvariante gemacht werden könne.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

Bgm. ROHRMOSER lässt über den SPÖ-Vorschlag für geringwertige Wirtschaftsgüter € 4.900,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 214 Polytechnische Schule

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 2404 Pfarrkindergarten

Bgm. ROHRMOSER lässt über die gesetzliche Subvention-Personalaufwand abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

Bgm. ROHRMOSER lässt über die freiwillige Subvention Pfarrkindergartenbeitrag in Höhe von € 18.200,-- abstimmen

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

ad 262 Sportplätze

Bgm. ROHRMOSER lässt über den geänderten Vorschlag für die Sanierung des BSK-Platzes (lt. Beschluss GV 06.11.2001) € 21.800,-- vorzusehen, abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 264 Eislaufplatz

Der Vorsitzende lässt über den abgeänderten Vorschlag für die Errichtung des Eislaufplatzes € 14.500,-- vorzusehen abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*
ad 266 Wintersportanlagen

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 269 Sonstige Sporteinrichtungen **757 Subventionen laufend**

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

7573 Hallenmieten-Verrechnungen

StR. LANZENBERGER schlägt vor, hier € 2.500,-- vorzusehen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Der Vorsitzende lässt über die restlichen Punkte abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 270 Volkshochschulen

010 VHS Der Vorsitzende schlägt vor in Abänderung des Amtsvorschlages für die Raumteilung € 15.000,-- zur Verfügung zu stellen.

Beschluss: *Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)*

777 Musikschulwerk

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

ad 271 Volksbildungswerk

Bgm. ROHRMOSER lässt über den SPÖ-Vorschlag, dem Bildungswerk € 4.000,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

Der Vorsitzende lässt über den **Amtsvorschlag**, dem Bildungswerk € 5.100,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

ad 273 Stadtbücherei

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 322 Musikpflege

Der Vorsitzende lässt über den Zusatzantrag, dem Salonorchester € 1.100,-- für eine Pauke zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

Bgm. ROHRMOSER lässt über die restlichen Punkte abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 340 Museen

Der Vorsitzende lässt über den **Vorschlag der SPÖ, für laufende Betriebskosten € 2.400,--** zur Verfügung zu stellen, abstimmen

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

Bgm. ROHRMOSER lässt über den **Amtsvorschlag**, € 3.600,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

Der Vorsitzende lässt über den **Vorschlag der SPÖ, für die Miete € 2.400,--** zur Verfügung zu stellen, abstimmen

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

Bgm. ROHRMOSER lässt über den **Amtsvorschlag**, € 3.600,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

ad 369 Heimatpflege

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 381 Kulturpflege

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Antrag für Kulturpflege zusätzlich € 2.200,-- zur Verfügung zu stellen abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

Restliche Punkte:

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 390 Kirchliche Angelegenheiten

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag für bauliche Maßnahmen der Pfarrkirche € 36.300,-- und für die evangelische Kirche € 2.000,--zur Verfügung zu stellen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 420 Seniorenheim

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 512 Medizinische Beratung, Betreuung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 523 Lärmbekämpfung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 529 Umweltschutz

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag in **Abänderung des Amtsvorschlages** € 6.100,-- zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 530 Rettungsdienste

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag jeweils € 1.000,--, also insgesamt € 2.000,-- zu genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

Bgm. ROHRMOSER lässt über den ÖVP-Antrag, die Punkte zurückzustellen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

ad 612 Gemeindestraßen

Bgm. ROHRMOSER lässt über den geänderten Antrag von € 145.000,-- abstimmen.

Vzbgm. BARKMANN stellt die Frage an die Finanzdirektion, ob sich das mit den weiteren Beschlüssen noch ausgeht, sonst könnte man den Punkt am Schluss behandeln.

Der Punkt bleibt vorläufig offen.

ad 617 Wirtschaftshof

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 710 Landwirtschaftlicher Wegebau

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 740 Förderung Landwirtschaft (Klauenstand)

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag hier keine Mittel vorzusehen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

Bgm. ROHRMOSER lässt über den **Amtsvorschlag** abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)

ad 789 Förderung Handel, Gewerbe 776 Betriebsförderungen

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

776 Ortsmarketing

Vorschlag StR LANZENBERGER

- Citymanager kommt weg
- € 15.000,-- Subventionen
- € 21.800,-- Parkleitsystem

Vorschlag Vzbgm. BARKMANN

- Citymanager kommt weg
- € 12.000,-- für Projekte
- Parkleitsystem kommt in den Verkehrsausschuss

Der Vorsitzende lässt über den SPÖ-Antrag, das Parkleitsystem in den Verkehrsausschuss (789/640) zu geben abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird einstimmig angenommen*

Bgm. ROHRMOSER lässt über den SPÖ-Antrag dem Ortsmarketing € 12.000,-- zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)*

Er lässt über den ÖVP-Antrag € 22.300,-- für das Ortsmarketing zur Verfügung zu stellen, abstimmen.

Beschluss: *Der Antrag wird mehrheitlich angenommen 13/12 (Prostimmen ÖVP, FPÖ, UBB; Gegenstimmen SPÖ)*

ad Bauhof

Vzbgm. BARKMANN möchte wissen, ob es ein Fehler sei, wenn die € 10.000,-- dem Seniorenheim zugeschlagen würden.

Finanzdirektor SCHÜTTER sagt, hier handle es sich um einen reinen Durchlaufer, der in die Einnahmen- und Ausgabenseite genommen werden muss.

GV BAIER-FUCHS ersucht um diese Mittel. Bisher wären Bauhofleistungen immer von der Gemeinde übernommen worden. Die geringfügigen Wirtschaftsgüter seien für die Sonderschule gekürzt worden, daher sei auch das Wirtschaften schwieriger geworden. Sie hätte durch Zufall für die Schwerstbehinderten-Klassen einen Ergotrainer bekommen, der aus dem laufenden Budget nicht mehr finanzierbar wäre.

GV GANTSCHNIGG möchte wissen, warum sie nicht im Budget darum angesucht habe.

GV BAIER-FUCHS antwortet, dies hätte sich erst nach der Budgeterstellung ergeben und sei daher zu kurzfristig gewesen.

Vzbgm. BARKMANN macht den Vorschlag diese € 10.000,- als Verwaltungskosten durchlaufen zu lassen.

GV KUCHLING sagt, eine Umschichtung sei nicht notwendig, die Sonderschule könne um Mittel ansuchen.

Bgm. ROHRMOSER ist auch dieser Meinung und lässt über den SPÖ-Antrag abstimmen.

Beschluss: Der Antrag der SPÖ wird mehrheitlich abgelehnt 12/13 (Prostimmen SPÖ; Gegenstimmen ÖVP, FPÖ, UBB)

ad 810 Wasserversorgung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 814 Straßenreinigung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad Park- und Gartenanlagen

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 816 Straßenbeleuchtung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 817 Friedhof

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 851 Abwasserbeseitigung

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 617 Zusatz Bauhof Küche und Boden Aufenthaltsraum

Küche	€ 2.000,--
Boden Aufenthaltsraum	€ 1.000,--
ad 816/043 stationäre Prüftafel	€ 1.900,--

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV RATH ist nicht anwesend)

ad laufende Subventionen Musikpflege

€ 13.100,--

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV RATH ist nicht anwesend)

ad 851 Zuführung außerordentlicher Haushalt (Reinhalteverband)

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Antrag auf Änderung auf € 81.000,--, abstimmen

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen (GV RATH ist nicht anwesend)

Sitzungsunterbrechung 02.10 bis 02.20 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet wieder die Sitzung zu TO-Punkt

23. Voranschlag 2002

a) Gemeinde

b) Leichenbestattung Pietät

Beratung und Beschlussfassung

ad 846/614 Wohnbau

Vzbgm. BARKMANN stellt den Antrag für die Sanierung der gemeindeeigenen Wohnbauten € 8.000,-- vorzusehen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 612 Gemeindestraßen

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Antrag für den Straßenbau € 141.500,-- vorzusehen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

ad 875/620 Citybus - Erweiterung

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Vorschlag für die Citybus-Erweiterung € 233.300,-- vorzusehen, abstimmen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Voranschlag 2002, a) Gemeinde (Ordentlicher Haushalt) abstimmen.

Beschluss: Der Voranschlag wird einstimmig angenommen

ad b) Leichenbestattung Pietät

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig angenommen

Finanzdirektor Schütter macht darauf aufmerksam, dass über den Außerordentlichen Haushalt noch nicht abgestimmt wurde.

Bgm. ROHRMOSER lässt über den Voranschlag 2002, a) Gemeinde (Außerordentlicher Haushalt) abstimmen.

Beschluss: Der Voranschlag wird einstimmig angenommen

24. Allfälliges

- Bgm. ROHRMOSER ersucht die Mitglieder der Gemeindevertretung ihre Teilnahme an der Weihnachtsfeier zu bestätigen.
- Bgm. ROHRMOSER bringt die beiliegende Planstellenbewertung zur Kenntnis.
- Vzbgm. WERAN-RIEGER berichtet über die Anfrage eines Gemeindebürgers dessen Vater im Altenheim in Radstadt untergebracht ist. Die Stadtgemeinde Bischofshofen weigert sich zu Recht eine dafür vorgeschriebene Kostenerstattung zu übernehmen. Der Sohn wäre nun bereit, diese Zahlungen selber zu leisten.

Bgm. ROHRMOSER weist auf einen zweiten, diesbezüglichen Fall hin.

Mag. SIMBRUNNER verspricht dies rechtlich abzuklären.

- GV ALTMANN ersucht zu eruieren, warum die Bank bei der Citybus-Haltestelle „Zielpunkt“ entfernt wurde.
- StR SALLER weist darauf hin, dass durch vorgesehene Einsparungen von Seiten des Landes für den „Ärztendienst“ die ärztliche Versorgung nachts und an Sonn- und Feiertagen wieder verschlechtert wird. Es würde wieder hauptsächlich die Bevölkerung am Land treffen.

Vzbgm. WERAN-RIEGER sagt, hier sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Landeshauptmannstellvertreterin Mag. Burgstaller verhandle noch darüber, die Ärzte müssten billiger werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen schließt der Vorsitzende um 02.35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Bischofshofen, am 11.12.2001

g.g.g.

Der Bürgermeister (ROHRMOSEER Jakob)

Für die SPÖ-Fraktion (Vzbgm. Rudolf BARKMANN)

Für die ÖVP-Fraktion (StR Mag. Rudolf LANZENBERGER)

Für die FPÖ-Fraktion (GV Wolfgang KUCHLING)

Für die UBB-Fraktion (GV Josef GANTSCHNIGG)

Schriftführer (AL Mag. Andreas SIMBRUNNER, VB Christine HALBWIRTH)